

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 28 • 36. Jahrgang

Berlin, den 12. Juli 1930

Weiterer Aufstieg und neue Erfolge des Verbandes

In einer wirtschaftlich sehr bewegten Zeit kommt diesmal der Verbandsvorstand mit seinem Geschäftsbericht, der sich dem Umfang und dem Inhalt nach von seinen Vorgängern stark unterscheidet. Die Verbandsleitung beschränkt sich nicht wie bisher damit, die Vorgänge im Organisationsleben aufzuzeigen und den Mitgliedern die Entwicklung chronologisch und zahlenmäßig vor Augen zu führen, sie gibt in diesem Geschäftsbericht außerdem einen Überblick über die deutsche Wirtschaft im Jahre 1929, wobei die wirtschaftlichen Vorgänge im graphischen Gewerbe besondere Berücksichtigung erfahren. Diese Neuerung wird sicher den Beifall der Verbandsmitglieder finden, die nun lehrreiche Vergleiche zwischen der Entwicklung im Verbands- und der allgemeinen Wirtschaftslage ziehen und erkennen werden, wie stark die Organisation von dem Getriebe auf dem Wirtschaftsmarkt beeinflusst wird. Gute Zeichnungen, übersichtlich und klar angeordnet, beleben den Inhalt, dessen Studium den Kollegen und Kolleginnen nur angelegentlich empfohlen werden kann. Besonders den Funktionären wird das reiche Material für ihre Arbeit willkommen sein.

In dem Überblick über die gesamte Wirtschaftslage wird einleitend treffend ausgeführt, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften bestimmt wird durch den Wirtschaftsverlauf. Die Höhe des sozialen Lebensstandards hängt ab von seinen Gegenfächlichkeiten. Am unseren Lesern einen kurzen Einblick in dieses Kapitel des Geschäftsberichts zu vermitteln, heben wir hervor, was in der Hauptsache behandelt wird.

Nach einer grundsätzlichen Einleitung werden die Hauptmerkmale der Wirtschaftskrise von 1928/30 gewirkt, um dann Art und Bedeutung des Youngplans aufzuzeigen. In ihm finden wir vornehmlich den Ausgangspunkt der sozialen Kämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter, den Unternehmern bekanntlich ein willkommener Anlaß, auf den Lohnstand der Arbeitererschaft zu drücken. Der Bericht behandelt dann die Ergebnisse der Produktion, bezieht eingehend die Lage des Arbeitsmarktes, wobei die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe besondere Würdigung findet. Aus dieser Berechnung geht hervor, daß jedes siebente Mitglied unseres Verbandes im Frühjahr 1930 arbeitslos war. Wir erkennen aus dieser Feststellung, wie groß die Leistungsfähigkeit unserer Organisation ist und welche Anforderungen an den Verband gestellt wurden. Die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe hat der „Frankfurter Zeitung“ zum Anlaß gedient, einige Betrachtungen darüber anzustellen. Das Blatt verweist auf die ungeheure gewerbliche Entwicklung in der Aufblähung des Produktionsapparates. Während in vielen anderen Gewerben eine gewisse Systematik zu erkennen ist, herrscht in dem unsrigen eine gewisse Zügellosigkeit. Es ist festgestellt worden, daß in beträchtlichem Umfange mit Hilfe einer angierter Maschinen neue Druckerereien eröffnet wurden. Die Unternehmer versuchen nun allerdings durch die Verschrottung alter Maschinen, diese Betriebsgründungen unmöglich zu machen.

Nach einer Untersuchung über Warenumschlag und Umsatzentwicklung wendet sich der Bericht zur Bautätigkeit, einem trübten Kapitel im Wirtschaftsleben, das uns alle angeht. Einer Übersicht über den Außenhandel — der Außenhandel war im letzten Jahre aktiv — folgt eine Untersuchung über den deutschen Außenhandel mit Druckzeugnissen. Gute Aufschlüsse vermitteln uns die Angaben über die Preisgestaltung und über Löhne und Lebenshaltungskosten, aber besonders interessiert die Entwicklung des Buchdruckerwesens, der sich der Bericht dann zuwendet. Die Veränderungen der Betriebe nach Zahl und Größenver-

hältnis, die Zunahme der Buchdruckerarbeiten wird veranschaulicht, die Zeitungsunternehmungen, das Rückgrat der graphischen Industrie, finden besondere Würdigung. Mit der Lage im Steindruckgewerbe und der Zusammenflußbewegung im Schriftgießergewerbe schließt die Arbeit über die deutsche Wirtschaftslage, die, wie schon gesagt, eine gute Informationsquelle für die Mitglieder darstellt.

Eng zusammen steht damit, was der Verbandsvorstand über unsere Organisation selbst sagt. Die durch die Angunst der Wirtschaftslage sich immer mehr heigern Anforderungen an die finanzielle und gewerkschaftliche Leistungsfähigkeit haben den Verband nicht im geringsten zu erschüttern vermocht. Trotz höherer Unterstützungssätze, die der letzte Verbandstag beschloß, sind die Finanzen des Verbandes ungeschwächt. In diesen schweren Zeiten hat sich die Organisation als Helfer für die Mitglieder bestens bewährt. Auf allen Gebieten konnte der Verband seinen Verpflichtungen gegen die Mitglieder voll nachkommen und trotz außerordentlich hoher Anforderungen ist der Aufstieg des Verbandes nicht aufzuhalten gewesen.

Von den Arbeiten der Verbandsleitung auf gewerkschaftlichen Gebieten sind bemerkenswert die Bemühungen um die Allgemeinverbindlichkeit des abgedruckten § 1 des Reichstarifs, der den in Hausdruckereien der verschiedensten Industrierwerke und der Behörden beschäftigten Hilfsarbeitern ihr tarifliches Recht sichern sollte. Ein Proteststurm ist gegen diesen Antrag erhoben worden; im Bericht werden nicht weniger als 19 Unternehmerverbände aus allen möglichen Industrien genannt, deren Zahl noch vermehrt wird durch Einsprüche von verschiedenen Verbänden, Kartellen und Einzelunternehmungen. Ein ganzes Jahr lang konnte sich der Reichsarbeitsminister nicht entschließen, dem Antrag der Buchdruckerarbeiten und -unternehmer stattzugeben. Kurz vor Neuschluß des Reichstarifs wurde dann der Antrag zurückgezogen, zahllose Verhandlungen waren vergeblich gewesen. Nach der Neufassung des Tarifs und erneuter Antragstellung auf Allgemeinverbindlichkeit setzte der Proteststurm in verstärkter Form ein. Wie der Reichsarbeitsminister entschieden hat, haben die Mitglieder aus der Bekanntmachung in letzter Nummer der Verbandszeitung entnommen.

Im März 1929 fanden Lohnverhandlungen für das Buchdruckergewerbe statt; über Verlauf und Ausgang ist bereits berichtet worden. Verhandlungen für das Steindruck- und Schriftgießergewerbe folgten. Während für dieses nach bestehendem Tarif zentral verhandelt wurde mit dem Erfolg einer Spitzenloohnerhöhung von 2,88 M. wöchentlich ab 3. Juli 1929, mußte für den Steindruck nach der gegenwärtigen tariflichen Lage örtlich oder bezirkweise vorgegangen werden. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen geben im Geschäftsbericht die Gauleiter Auskunft.

Das Berichtsjahr sah auch die Vorbereitungen für Verhandlungen des gekündigten Reichstarifs, die Anträge der Unternehmer sind bei den Mitgliedern bestimmt noch in schlechter Erinnerung. Nach Abschluß des Buchdruckertarifs wurde vom 6. bis 8. März 1930 in Berlin verhandelt, ohne daß es zwischen dem Jahre in einer Annäherung geschweige denn zu einer Einigung kam. Das Zentralratschlichtungsamt fällt einen Spruch, dem die Parteien beitraten. Das Ergebnis ist in der „Solidarität“ bekanntgemacht und besprochen worden. Der Geschäftsbericht bringt das Beschlußprotokoll mit den Protokollerklärungen und die Bekanntmachung von Verbandsvorstand und Verbandsbeitrag aus Nr. 11 der „Solidarität“.

Unter den vielerlei Arbeiten des Verbandsvorstandes für die Mitglieder, über die natürlich nicht im einzelnen

berichtet werden kann, hebt der Geschäftsbericht wegen ihrer Wichtigkeit eine Maßnahme der Leitung hervor, die der gesundheitsfählichen Tätigkeit der Arbeiter in Tiefdruckbetrieben gilt. Eingehende medizinische Untersuchungen hatten die volle Berechtigung der Klagen und Beschwerden der Tiefdruckereiarbeiter ergeben, so daß der Verband in Gemeinschaft mit den Buch- und Steindruckern, gestützt auf die Gutachten der Wissenschaftler, eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, die Länderregierungen und den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes richtete und die genannten Stellen ersucht wurden, die Besitzer von Tiefdruckereien und die Hersteller von Tiefdruckmaschinen durch behördlichen Zwang zu geeigneten Vorkehrungen anzuhalten, die die Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter beseitigen oder auf ein Mindestmaß mildern.

Eine Entscheidung ist in dieser Angelegenheit noch nicht erfolgt.

Der Geschäftsbericht klingt aus mit einem Dank an Mitglieder und Funktionäre, deren Vertrauen zur Organisation durch die schönen Erfolge neu gestärkt wurde.

In einem zweiten Artikel werden wir uns mit dem beschäftigen, was der Verbandsfaktierer zu sagen hat.

Der Lebenshaltungsindex soll endlich reformiert werden

Der Index der Lebenshaltungskosten spielt in Deutschland eine nicht geringe Rolle. Bei Lohnverhandlungen wird er in der Regel als das Existenzminimum angesehen. Die errechneten Indexziffern konnten aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, weil wichtige Ausgabenpunkte fehlten. Nicht berücksichtigt waren nämlich bei der Aufstellung des Index die Sozialbeiträge und Steuern, um nur die Hauptpunkte zu nennen. Wie das reichsstatistische Amt bekanntgibt, hat man mit den Vorarbeiten für eine Reform der Reichsindex der Lebenshaltungskosten begonnen. Man will sich dabei auf die vor einiger Zeit vorgenommenen Haushaltsrechnungen stützen. Die Umänderung des Lebenshaltungsindex ist sehr zu begrüßen. Öffentlich läßt die Beendigung der Vorarbeiten nicht so lange auf sich warten.

Nennt man das Preislenkung?

Das Wort Preislenkung ist zum Schlagwort geworden. Man hat gewaltige Maßnahmen angekündigt, um die Senkung der Preise überall durchzuführen. Mit den Rohstoffen sollte sie beginnen und in den Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen des letzten Verbrauchers ihren Ausklang finden. Was sehen wir statt dessen? Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt im Juni 147,6 gegen 147,0 im Monat Mai. Es ist also eine Steigerung von 0,6 v. H. eingetreten. Wenn auch dies in erster Linie durch die vierprozentige Mietenerhöhung, die am 1. Juni in Kraft trat, verursacht wurde, so ist doch aber dadurch sehr einbringlich zur Lastfah geworden, daß die angekündigte Preislenkungsaktion bisher einen Erfolg nicht gehabt hat. Was nützt es uns, wenn das Eisen oder die Kohle um ganz geringe Prozentfätze im Preise herabgehen und die große Masse der Konsumenten nach wie vor die hohen Preise zu bezahlen gezwungen ist? Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich im Reichstag erklärt, daß eine Senkung der Reallohne keineswegs in Frage kommen könne, im Gegenteil müsse die Preislenkung in weit höherem Maße als die Lohnsenkung zur Auswirkung kommen und vorher erfolgt sein. So erklärte der Reichsarbeitsminister im Reichstag. Wie es aber in der Praxis aussieht, lehrt die amtliche Indexziffer für die Lebenshaltungskosten.

Gesetzliche Betriebsvertretungen im Auslande

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie und der Betriebsdemokratie hat nach dem Kriege in den verschiedenen industriellen Ländern der Welt eine immer größere Ausdehnung erfahren. Obgleich ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft im Betriebe in zahlreichen Ländern durch tarifvertragliche Vereinbarungen geschaffen wurde, besteht eine gesetzliche Regelung und Anerkennung dieses Mitbestimmungsrechts nur in Deutschland, Österreich, Luxemburg, Norwegen, Rußland und der Tschechoslowakei. In Italien sieht die faschistische Arbeitserfassung (Carta di lavoro) die Möglichkeit vor, die Einrichtung von Betriebsvertretungen tarifvertraglich zu vereinbaren.

In Japan

Liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung von Betriebsausschüssen in allen Fabriken und Bergwerken, die mindestens 100 Arbeiter beschäftigen, vorschreibt. Auch in China hat die Nanjingregierung in dem von ihr aufgestellten Gesetzentwurf über die Fabrikarbeit die Einrichtung von Betriebsräten beabsichtigt. Zweifellos entspringt das Verprechen eines Mitbestimmungsrechts im Betrieb durch die chinesische Regierung der sozialen Revolution, die sich zur Zeit dort abspielt. Inwieweit eine Verwirklichung dieses Gedankens möglich ist, bleibt abzuwarten.

Das österreichische Gesetz

Am 15. Mai 1919 ergangen. Es stimmt weitgehend mit dem Ausbau und den Vorschriften des deutschen Betriebsrätegesetzes überein, und man darf sagen, daß es in vielen Punkten dem deutschen Gesetz als Vorbild gedient hat. Allerdings ist das deutsche Gesetz teilweise weitergehend, insbesondere in bezug auf die Einpruchsfrage. In Österreich können die Betriebsräte die Kündigung oder Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten nur mit der Begründung ansprechen, daß sie aus politischen Gründen im Zusammenhang mit der Arbeit als Mitglied des Betriebsrates oder deswegen erfolgt sei, weil der Betroffene vom Vereins- oder Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat. Als wichtige Abweichungen vom deutschen Gesetz sind folgende Tatsachen bemerkenswert: Auf Verlangen des Betriebsrates ist der Unternehmer verpflichtet, mündliche gemeinsame Beratungen über grundsätzliche Fragen der allgemeinen Betriebsführung abzuhalten. Ferner können die Betriebsräte nach Maßgabe ihrer Mittel Einrichtungen für die Wohlfahrt der in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer treffen oder an solchen teilnehmen. Eine Absehung von Betriebsratsmitgliedern steht das österreichische Gesetz nicht vor. Die Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung darf nur mit Zustimmung des Einigungsamtes erfolgen. Sehr beachtlich ist im österreichischen Gesetz auch das Bestehen, die Gewerkschaften einzuschließen. Selbstverständlich hat der Tarifvertrag, sofern ein solcher besteht, den Vorrang vor betrieblichen Vereinbarungen, wie dies bekanntlich auch in Deutschland der Fall ist.

In Luxemburg

wurde die Errichtung von Arbeiterausschüssen in gewerblichen Betrieben durch einen Beschluß vom 26. Juli 1920 angeordnet. Danach muß in allen gewerblichen Unternehmungen, in welchen regelmäßig wenigstens 15 Arbeiter beschäftigt sind, ein ständiger Arbeitersauschuss errichtet werden. Die Ausschüsse werden auf zwei Jahre gewählt. Sie haben die Aufgabe, das Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten zu fördern, bei der Festsetzung von Akkord- und Stücklohn, des Erholungsurlaubs, bei Lehrlingsfragen, bei der Aufstellung von Tarifverträgen sowie der Arbeitsordnung, bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren sowie bei der Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und ihren Vorgesetzten mitzuwirken. Der Ausschuss ist ferner befugt, dem Arbeitgeber mit beratender Stimme in Fragen der allgemeinen Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten (Werkwohnungen, Betriebsanstalten, Pensions- und Unterstützungsstellen) zu unterstützen. Kündigungen und Maßregelungen, die gegen Arbeiter verhängt werden, müssen dem Ausschuss unter Angabe der Gründe zur Kenntnis gebracht werden, desgleichen Entlassungen ohne Kündigung. Auf Beschluß des Ausschusses, der mit 3/4 Stimmenmehrheit gefaßt werden muß, wird der Fall dem Friedensgericht unterbreitet. Fällt das Urteil zugunsten des Arbeitgebers aus, so ist dieser verpflichtet, dem Arbeiter den Lohn für die Dauer der ortsüblichen oder durch die Arbeitsordnung vorgesehenen Kündigungsfrist zu zahlen. Mitglieder der Arbeitersauschüsse dürfen nicht wegen Handlungen entlassen werden, die aus der Ausübung ihres Amtes als Ausschussmitglieder hervorgehen, es sei denn, daß diese Handlungen schwere Vergehen gegen die Arbeitsordnung bilden.

In Norwegen

sind durch das Gesetz vom 23. Juli 1920 in gewerblichen Betrieben, die in der Regel mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, Ausschüsse zu errichten, wenn mindestens 1/4 der Arbeiter des Betriebes dieses verlangt. Die Wahl gilt für ein Jahr. Der Arbeitersauschuss hat sich mit den Angelegenheiten des Betriebes zu befassen und insbesondere zu betrieblichen Änderungen, soweit sie die Arbeitsverhältnisse berühren, Stellung zu nehmen und mitzubestimmen bei der allgemeinen Lohnbestimmung, der Festsetzung von Akkordlöhnen, der Arbeitszeit, der Überzeitarbeit, Anordnung der Arbeit bei eingeschränktem Betrieb, Festsetzung des Urlaubs und anderer Arbeitsbedingungen, sofern nicht durch unmittelbare Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter und den betreffenden Arbeitnehmern eine Vereinbarung erzielt worden ist, ferner bei der Aufstellung der Arbeitsordnung, ihrer Ergänzung oder ihrer Abänderung bei der Errichtung oder Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten usw. Bevor der Arbeitgeber über eine der vorgenannten Fragen einen Beschluß faßt, muß er den Arbeitersauschuss hören und mit ihm beraten. Wenn hierzu infolge schwieriger Umstände ausnahmsweise keine Gelegenheit war, hat er die von ihm getroffene Entscheidung und seine Gründe hierfür baldmöglichst dem Ausschuss zur Kenntnis zu bringen. Der Ausschuss ist berechtigt und auf Verlangen eines Beteiligten verpflichtet, sich mit Streitigkeiten, an denen ein Arbeiter beteiligt ist und die sich auf die Arbeitsverhältnisse im Betrieb beziehen oder die eine Entlassung des Arbeiters oder die Kündigung seines Dienstverhältnisses zur Folge haben, zu befassen und auf deren Beilegung hinzuwirken. Auf Verlangen einer öffentlichen Behörde ist der Ausschuss verpflichtet, Gutachten über die Arbeitsverhältnisse im Betrieb abzugeben. Die Arbeitersauschussmitglieder dürfen nicht entlassen werden, wenn nicht sachliche Gründe dafür vorliegen.

In der Tschechoslowakei

wurde durch Gesetze vom 25. Februar 1920 und vom 12. August 1921 eine gesetzliche Betriebsvertretung für die Arbeitnehmer in Industrie und Bergbau geschaffen. Die Errichtung eines Betriebsausschusses hat zu erfolgen in Betrieben mit mindestens 30 Arbeitnehmern (im Bergbau 20). Die tschechischen Gesetze haben mit dem deutschen und österreichischen Gesetz vieles gemeinsam. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, über die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsverträge sowie der Arbeitsordnung zu wachen, beim Abschluß von Arbeitsordnungen mitzuwirken und, sofern Tarifverträge nicht bestehen, die betrieblichen Arbeitsbedingungen zu regeln. Sie haben bei Massenentlassungen von Arbeitnehmern, aus Gründen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen, sowie bei einzelnen Arbeitnehmern, die länger als drei Jahre im Betrieb tätig sind, mitzuwirken. Über den Einspruch entscheidet eine Schiedskommission (Schlichtungsausschuss). Im Falle der unberechtigten Entlassung ist eine Entschädigung vorgesehen. Für Gesellschaftsunternehmungen, deren Grundkapital mindestens eine Million Kronen beträgt, hat der Betriebsausschuss das Recht, in die Sitzungen des Aufsichtsrats Vertreter zu entsenden. Auch sieht das tschechische Gesetz Berichterstattung über den Stand des Betriebes, Vorlegung der Bilanzen usw. vor. Mitglieder des Betriebsausschusses dürfen nur mit Zustimmung der Schiedskommission entlassen werden.

In Rußland

ist nach dem Gesetz vom 26. Februar 1926 in jedem staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Unternehmen mit mindestens 25 Arbeitern oder Angestellten ein Betriebs- oder Ortsausschuss zu errichten. In Unternehmungen mit weniger als 25 Arbeitern und Angestellten wird ein gewerkschaftlicher Bevollmächtigter gewählt. Die Ausschüsse sind Organe der Gewerkschaften. Wählbar sind nur Gewerkschaftsmitglieder. Der Betriebsausschuss hat die Aufgabe der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten, die Befriedigung ihrer Lebens- und Kulturbedürfnisse, den Schutz der Arbeiter und zusammen mit der Betriebsleitung die Erörterung von Fragen, die die Einrichtung des Betriebes betreffen. Er beteiligt sich am Abschluß des Tarifvertrages, er achtet auf rechtzeitige Lohnzahlung, Durchführung der Vorschriften über Arbeitsschutz und Sozialversicherung und sorgt für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In die Anordnung der Betriebsleitung darf er sich nicht einmischen, jedoch hat er die Aufgabe, an der Erörterung aller wichtigeren Fragen des Betriebslebens teilzunehmen und in Werkstättenversammlungen und Betriebskonferenzen die Belegenschaft mit dem Gang und der Lage des Betriebes bekannt zu machen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Artikels eine rechtsvergleichende Darstellung über die Bedeutung und den Wert eines jeden einzelnen dieser Gesetze zu geben. Wichtig bleibt die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe industrieller Länder das betriebliche Mitbestimmungsrecht gesetzlich geregelt ist.

Zur Jugendfrage

Die Jugendfrage ist innerhalb der Gewerkschaften stark in den Vordergrund getreten. Die Frage der Aktivierung und Gewinnung der Jugend ist in ein akutes Stadium getreten. Alle äußerlichen Erfolge dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Jugend stagniert, daß es nicht vorwärtsgeht. Die Jugend hat es nicht vermocht, mit der Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaft Schritt zu halten, trotz des Mitgliederzuwachses innerhalb der Gewerkschaften konnte die Jugend keine positiven Erfolge aufweisen. Woran liegt das? Klar und offen wollen wir die Mängel erkennen, sie zu beheben suchen und zugleich neue Mittel und neue Wege zu finden.

Die organisierte Arbeiterschaft bildet ein Millionenheer. In vielen einzelnen Vereinen der Partei, der Gewerkschaft, des Sportes usw. ist der Arbeiter tätig. Alle diese Vereine und Verbände bilden oder versuchen Jugendgruppen ins Leben zu rufen. Hier liegt ein Uebel. Viele, viele Arbeit wird auf diese Art und Weise verthan und verzettelt. Der größte Teil all dieser Jugendgruppen ist auf die Dauer nicht lebensfähig; es entstehen Gruppen 15 bis 20 Personen stark, die nach und nach wieder zerfallen. Warum? Wenn z. B. unser Verband in einer größeren Stadt über eine Jugendgruppe verfügt, ungefähr 30 Mann stark, so kann auf die Dauer die Gruppe nicht bestehen. Die Gruppe tagt zentral; jetzt wohnen die einzelnen Mitglieder in allen Teilen der Stadt, Wege von dreiviertel bis eine Stunde sind keine Ausnahme; auf die Dauer wird das zuviel und sie kommen nicht mehr. Das ist in vielen Fällen die Ursache des Zerfalls einer Jugendgruppe. Denn die Verbreiterung und Vergrößerung der Gruppen scheitert, d. h. neue Mitglieder werden nicht gewonnen. Die Burschen und Mädels innerhalb der Gewerkschaftsjugend fragen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — meistens ihre Wanderlust. Die neuen, die den Weg zur Gruppe finden, haben es anfangs schwer. Lange Hufe, Schläps, Kragen, Hut, das Stullenpaket auf der Wanderung wirken hier fremd, eine Kluft tut sich hier auf. Die alten sondern sich ab, die neuen sind auf sich angewiesen, fühlen sich nicht wohl im Kreise. Bei der nächsten Veranlassung sind sie nicht wieder gekommen. Denn darüber seien wir uns klar, die meisten Jugendlichen, die zur Gruppe stoßen, kommen aus der S.N., oder sind solche, die die Freie Schule besuchten und von Kind an in unserem Sinne erzogen sind.

Was ist zu tun? Vor allem nicht jeder kleine Verein oder Verband muß den Ehrgeiz besitzen, eine zehn Mann starke Jugendgruppe zu haben. Hier dürfen wir den Vorschlag des Kollegen K. Gr. in Nr. 24 der Verbandszeitung begrüßen, der fordert, daß die gewerkschaftliche Bildung der Jugend für alle Verbände gemeinsam in den Wohnbezirken durchgeführt wird. Hier liegt ein Vorteil für die Jugendarbeit. Ob Metallarbeiter, Maler, Schriftsetzer, Kaufmann, ungelerner Arbeiter, spielt bei Organisierung in Wohnbezirk keine Rolle mehr, hier ist jeder nur der Gewerkschaftler, der Kollege, der Mensch. Ferner wird durch die Zusammenfassung die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Gruppen stärker werden; dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Veranstaltungen ganz anders auszubauen als bei einer kleinen Gruppe. Einzelne Gruppen, wie Musik, Spiel, Gruppen mit sonstigen Neigungen, die wir ja als Mittel zum Zweck brauchen, haben zentral geregelt eine ganz andere Lebensfähigkeit und Ausbaufähigkeit wie bei den einzelnen Gruppen von heute. Hier kann man in solchen Gruppen erfolgreich erzieherisch und gewerkschaftlich wirken. In verschiedenen Ortsausschüssen des ADGB wird schon in dieser Weise bei der Zusammenfassung der Gewerkschaftsjugend gearbeitet, und zwar mit gutem Erfolge. Der letzte Verbandsstag hat sich übrigens für unsere Organisation auch in diesem Sinne entschieden.

Die älteren Kollegen und aufgefärbte Jugendliche müssen mit allen Mitteln auf die schon organisierte Jugend einwirken, daß man sich umstellt. Sie müssen in jedem jungen Arbeiter, der zur Gruppe kommt, den Kollegen, den Genossen sehen, es ist unkollegial und nicht sozialistisch gedacht, die neuen Freunde zu isolieren und Schranken aufzurichten zwischen „künftigen“ und denen, die in langer Hufe, Hut und Kragen oder hohen Abzügen kommen. Denn nicht das Äußerliche macht den Menschen, sondern der Geist, von dem sie besetzt sind, und das, was in ihnen steckt.

Ferner halte ich für ratsam, die Jugend mehr an den Tagesfragen zu interessieren. Diese Auffassung wird von Vorteil sein für den Jugendlichen und für den Verband, denn für den an Tagesfragen interessierten wird Übergang zu den älteren Kollegen leichter sein wie für den, der nur wandert, fahrsimpelt, Sport betreibt und von den wirtschaftlichen Fragen wenig mit auf den Weg bekommt.

Vor allem gilt es, bald etwas zu tun, denn der alte Gewerkschaftler hat ein starkes Interesse an einer gesunden Jugendbewegung innerhalb der Gewerkschaften. Ein Nachwuchs muß heranwachsen, der würdig das Erbe der Alten antritt.

Im Bereiche der Magie

Ein Pressebesuch bei der J. G. Farben in Leverkusen

Die „Großmacht Presse“ hat der Großmacht J. G. Farben in Leverkusen bei Köln einen Besuch abgestattet. Leverkusen war noch bis zum Jahre 1893 ein unbedeutendes Bauerndorfchen, an dem die drei großen Verkehrsstraßen zwischen Köln und Düsseldorf, der Rhein, die Landstraße und die Eisenbahn ad hoc vorüberzogen. Wir erleben in einem geistigen Augenblick die gewaltige Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft in den letzten 40 Jahren, wenn wir uns das Empormachen des vor uns liegenden Riesenwerkes Leverkusen aus friedlichem Ackerboden vor Augen führen. Weber das Dorf Leverkusen, noch die im Jahre 1863 in Barmen gegründete, seit 1881 als Farbenfabrik vorm. Friedrich Bayer & Co. bekannte, für unsere heutigen Begriffe kleine Firma haben sich träumen lassen, daß aus ihnen durch technischen und wissenschaftlichen Geist ein solches riesenhaftes Werk emporblühen würde. Wenn wir hören, daß noch im Jahre 1875 nur 119 Arbeiter beschäftigt wurden und im heutigen Unternehmen allein in Leverkusen rund 7500 Arbeiter und 3100 Angestellte tätig sind, und wenn wir uns noch alle die vielen Menschen hinzubeißen, die sich mit der Beschaffung der Rohstoffe für das Werk Leverkusen und mit der Verteilung seiner Erzeugnisse beschäftigen, wenn wir ferner auch an die durch Eisenbergwerk erreichte Verbesserung der alten Erzeugnisse denken, dann erkennen wir die große wirtschaftliche soziale und auch kulturelle Bedeutung, die das Werk Leverkusen für die Menschheit gewonnen hat.

Es ist einfach unmöglich, all die chemischen Namen der Erzeugnisse aufzuführen, die aus Leverkusen als Ware über die ganze Erde verbreitet werden. Als die führenden Männer der Farbenfabriken in Elberfeld den Beschluß faßten, ein neues Werk in Leverkusen zu errichten, lag ihnen ein unbegrenztes Feld rheinischen Bodens zu Füßen. Noch heute hat das Werk weitreichendes Bauxerain zu etwa notwendiger Werkserweiterung in abschbarer Zeit zur Verfügung, von dem 5,7 km großen Fabrikgelände sind erst 2,1 km für die Fabrikanlagen, 1,2 km für Sieblungen ausgenutzt, so daß noch 2,4 km heute landwirtschaftlich bearbeitete Bodenfläche in Fabrikgelände umgewandelt werden kann. Der Rhein, an dessen östlichem Ufer das Werk liegt, brachte im Jahre 1928 allein 435 000 Tonnen Waren, vorwiegend Kohstoffe, heran. Nach einem bereits bei der Errichtung des Werkes im Jahre 1893 sehr weitläufig aufgestellten Plan werden die Schwermetalle in einer unmittelbar am Rhein liegenden „anorganischen Abteilung“ verarbeitet. Hier wird in der Hauptsache aus Schwefelkies oder aus Gips Schwefelsäure gewonnen, die für die Farbstofffabrikation als Hilfsprodukt eine wichtige Rolle spielt. Je weiter man sich vom Ufer des Rheines innerhalb der Fabrik entfernt, desto leichter, verebelter und fertiger wird das Produkt.

Auch wer als Techniker die weiträumigen Fabrikanlagen durchwandert hat, wird am Ende seiner Wanderung jenseitigen müssen, daß er hier und da interessante mechanische Einrichtungen gesehen hat — er wird aber gesehen müssen, daß ihm nichts anderes als Ofen, Behälter, Rohre und immer wieder Ofen, Behälter und Rohre im Gedächtnis haften geblieben sind, von denen er weiß, daß in ihnen irgend etwas geröstet, getrocknet, chemisch umgewandelt, abgekühlt wird. Im ganzen wird er nur sagen können, daß sich hinter den Wänden all dieser Gefäße ein geheimnisvoller chemischer Prozeß abspielt, über den nur der „liebe Gott“, oder der gerade das eine Produktionsgebiet bearbeitende Chemiker Auskunft geben könnte. Da nirgendwo Abfälle zu sehen sind, werden die Presseerzeuger mit Recht zu dem Ergebnis gekommen sein, daß es im Reiche des Chemikers nichts gibt, was nicht irgendeinen Wert hat. Sehr richtig betonte ein Presseerzeuger, daß die J. G. Farbenindustrie es versteht, aus allem Gold zu machen und so gegen das biblische Verbot verstoße, Schätze zu sammeln, die die Motten fressen. Aber auch gegen die Motten haben die Chemiker das wunderwolle Mittel Eulan gefunden, so daß jedenfalls für die J. G. Farben das biblische Wort von den Motten als zeitlich überhaupt zu betrachten sei.

Daß auch in Leverkusen fleißig rationalisiert worden ist, zeigt uns die Leere an Menschen in den Fabrikräumen. Man fragt sich immer wieder: wo werden die 7000 Arbeiter? Nur hier, und da begegnet man einem auflichtstenden Angestellten oder einem Arbeiter. Die Menschen verlieren sich in dem großen Werk. Auf jeden Arbeiter dürften 200 bis 300 qm Fabrikgelände kommen. Der große technische Apparat leistet seine Arbeit fast ohne menschliche Hilfe. Nur in den Nebenbetrieben, in den Büros, in den Laboratorien sehen wir Menschen an der Arbeit.

Im großen und ganzen wird man der Verleisung in Leverkusen das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie bestrebt war, das Los des arbeitenden Menschen zu erleichtern. Nur vereinigt steht man durch ein hartes Arbeitslos gequälte Menschen. So begegneten wir zwei Männern, die getrocknete Farben mit Trichtern in Käse umschütteten und trotz der großen Hitze Mund und Nase mit einem Staubfilter verschließen hatten, um das Eindringen des gesundheitsgefährlichen Farbstaubes in die Atmungsorgane zu verhüten. In der Bleibbläsaufabrik — das Werk stellt sein Verpackungsmaterial selbst her — fanden wir über 100 junge Mädchen bei der unangbar geistigen Beschäftigung, wie wir sie von der Konzentrationfabrik aus kennen.

Das Werk Leverkusen bildet eine Stadt oder besser ein Fiktum für sich. Die Herren dieses Reiches sind nicht nur Arbeitgeber im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern ihre Herrschaft bringt tief in das Familien- und Kulturleben der Werksangehörigen ein. Wir brauchen nur eine Reihe von sozialen Einrichtungen aufzuzählen, um die Reichweite dieser Herrschaft über den Menschen anzudeuten: Volkshaus, Wohnheimstätten, Fährstegstellen für Kranke, Schwelternhaus, Frauenverein, Kaufhaus, Speiseanstalt, Kasino, Erholungsheim mit Theateraal für Konzerte und Theateraufführungen, Regelbahn, zwei große Parkanlagen, 3000 Werkwohnungen, Bibliothek mit 20 000 Bänden, Sprachunterricht, Werk-, Kaufschule und Gartenschule, Werkleitung, usw. usw. Also alles das, was sonst die öffentlichen Behörden als ihre kulturellen und sozialen Aufgaben betrachten — hier ruht es in den Händen des Arbeitgebers. Der ganze Mensch wird von dem Dienstherrn erfasst. Es gilt, die große Gefahr zu erkennen, die auch dieser Machtswahns der Beherrscher der J. G. Farben in sich birgt. Dabei gehen wir gerne zu, daß das Werk Leverkusen angestrichelt vermeint, irgendwelche Bestrebungen zu unterstützen, die von uns als Gewerkschaften als „gelb“ bezeichnet werden könnten. In allen Einrichtungen wird strenge parteipolitische

und kulturelle Neutralität geübt. So konnten wir zu unserer Freude hören, daß A. B. in der großen Bibliothek auch uns nahestehende Schriftsteller wie Bebel, Coudenhove-Kalergi zu finden sind.

So bleibt trotz aller wohlwollender Fürsorge für die Arbeitnehmer des Werkes das Reich des Herrn Duisberg im Grunde genommen ein autoritär regiertes Regimentum, selbst wenn wir auch anerkennen, daß der Fürst zu klug ist, sich der Zeit anzupassen und alle politischen und kulturellen Strömungen der heutigen Zeit in lokaler Weise in sein Reich eindringen läßt.

J. Grättrup, Köln.

Die Hochzeit

Von Michael Sostschenko.

Allerdings, Wolodja Sawituschkin hat sich ein wenig zu sehr beeilt. Das war schon ein bißchen läudhaft.

Wolodja hat seine Braut sowjagen überhaupt nicht richtig angeschaut. Die Wahrheit zu sagen, hatte er sie ohne Hut und ohne Mantel überhaupt nie gesehen. Denn die Haupthandlung spielte auf der Straße.

Und was den Besuch bei der Mutter der Braut vor der Hochzeit betrifft, so hatte sich dieser auch nur im Vorzimmer abgespielt, sowjagen im Vorbeigehen.

Bekannt wurde Wolodja Sawituschkin mit seiner Braut in der Elektrischen.

Er sitzt in der Elektrischen, und plötzlich sieht er ein Fräulein vor sich stehen. So ein lauberes Fräulein, nett anzuschauen. Im Wintermantel.

Und dieses Fräulein im Wintermantel steht vor Wolodja und hält sich mit einer Hand an der Stange fest, um nicht umgestoßen zu werden. Mit der anderen Hand drückt sie ein Paket an die Brust. Und in der Elektrischen ist es natürlich gestopft voll. Es ist nichts weniger als schön, zu stehen.

Wolodja taft sie also leid.

„Sehen Sie sich auf mein Knie“, sagt er, „das wird besser sein.“

„Aber nein“, sagte sie, „danke schön.“

„Nun, dann geben Sie Ihr Paket her“, sagt er. „Stellen Sie es auf meinen Schoß, genießen Sie sich nicht. Sie werden es leichter haben.“

Nein, auch das Paket gibt sie nicht. Vielleicht hat sie Angst, er könnte es ihr wegnehmen. Oder sonst was. Als Wolodja Sawituschkin sie noch einmal ansah, verlor er ganz den Kopf.

Herrgott, denkt er, was doch für nette junge Mädchen in der Elektrischen fahren.

Sie fahren also zwei Haltestellen. Drei. Vier. Endlich sieht Sawituschkin, daß das Fräulein sich zum Ausgang drängt.

Wolodja steht auch auf. Hier am Ausgang haben sie sich kennengelernt.

So haben sie also Bekanntschaft geschlossen. Gingen zusammen. Und so schnell ging das alles bei ihnen und Hals über Kopf, daß Wolodja Sawituschkin ihr nach zwei Tagen bereits einen Antrag gemacht hat.

Ob sie nun gleich zugestimmt hat, oder nicht, jedenfalls am dritten Tage gingen sie aufs Ständesamt und ließen sich eintragen.

Aber die Haupthandlung entwickelte sich erst nach der Eintragung.

Nach dem Eintragen gehen die Jungvermählten in die Wohnung zur Mama. Dort geht natürlich alles draunter und drüber: Der Tisch wird gedeckt. Das Haus ist voller Gäste. Und man feiert ein Familienfest! Das junge Paar wird erwartet.

Und im Zimmer laufen allerlei junge Damen und Kavaliere umher — decken den Tisch und öffnen Flaschen.

Aber seine junge Frau hat Wolodja Sawituschkin bereits im Vorzimmer aus den Augen verloren.

Wie zum Höhn umringen ihn da allerlei Mütter und Verwandte, gratulieren ihm und schleppen ihn ins Zimmer.

Sie führen ihn ins Zimmer hinein, reden auf ihn ein, drücken ihm die Hand, fragen ihn aus, woher, wohin, in welchem Verband er organisiert ist.

Wolodja schaut um sich, aber welche seine junge Frau ist, daraus wird er nicht klug. Wäbels sind viele im Zimmer. Alle drehen sich und rennen hin und her, aber wenn du ihn todschlägst, er kennt sich nicht aus.

Herrgott, denkt Wolodja, noch nie hab ich so was erlebt. Welche von ihnen ist denn nun meine junge Frau?

Er geht im Zimmer umher zwischen den Mädchen. Bald steigt er mit einer zusammen, bald mit einer anderen. Aber keine ist besonders lieb zu ihm, keine zeigt besondere Freude.

Sie bekam Wolodja sogar einen kleinen Schred.

Nun, denkt er, was ist nur mit mir los — ich kann meine Frau nicht finden.

Und jetzt fangen die Verwandten auch an ihn schief anzusehen — was läuft denn der Junge Mann umher, wie nicht normal, und blitzet sich auf alle Mädchen.

Wolodja flüchtete sich an die Tür und steht ganz niedergelassen da.

Nun, Gott sei Dank, denkt er, gleich wird man sich an den Tisch setzen. Dann wird er sich schon zeigen. Welche bei mir sitzt, die ist es auch. Wenn es doch jene Blonde dort wäre, denkt er. Sonst schrieben sie einem da irgendeinen Holzstöß unter — na und dann leb mit ihm.

Unterdessen begannen die Gäste sich zu Tisch zu setzen.

Die Mama bittet sie um Christi willen sich noch nicht zu setzen, noch ein wenig zu warten, aber die Gäste sind einfach nicht zu halten — sie sitzen sich direkt auf das Essen und die Getränke.

Nun schleppt man Wolodja Sawituschkin auf den Ehrenplatz. Und neben ihn, an eine Seite, setzt man ein junges Mädchen.

Wolodja sieht sie an und ein Stein fällt ihm vom Herzen. Sieh mal an, denkt er, die ist ja gar nicht übel. Ohne Hut sieht sie sogar noch besser aus. Die Nase streckt nicht so sehr nach außen.

Hier gefasht etwas Überwärtiges und absolut Unbestimmteres. Wolodja hätte ja gern einen Scherz daraus gemacht. Aber er wurde schwer getränkt. In dem Getümmel hieb ihm irgendein Verwandter mit einer Flasche über den

Schädel. Da kennt sich der Teufel aus! Haben ne da allerlei Weiber hergesetzt, und da soll ich mich zurückziehen.

Hier ergriff die Braut in welchem Schreier mit Blumen an der Seite.

Nun ging es wieder los mit Schreien, Jactern und hysterischen Anfällen.

Die Verwandten jagten Wolodja natürlich aus der Wohnung.

Wolodja sagt: „Woh wenigstens was zu freissen. Seit heute früh lauf ich mit leerem Magen herum.“

Aber die Verwandten ließen nicht mit sich reden und warfen Wolodja die Treppe hinunter.

Am anderen Tage nach der Arbeit ging Wolodja Sawituschkin auf das Ständesamt und ließ sich scheiden.

Dort wunderte man sich gar nicht.

„Das macht nichts“, sagten sie, „das kommt vor. Das ist heuer ganz in der Ordnung.“

So wurde Wolodja Sawituschkin geschieden.

Das gute Buch

Wer ein neues Buch in der Hand hat, der blättert zuerst unwillkürlich einmal in dem Buch. Von vorn nach hinten. Von hinten nach vorn. Hier und dort ruht sein Auge ein wenig auf einer Seite, die durch irgendein Wort, eine Überschrift aufgefallen ist. Und dann legt man es hin, voll Erwartung.

Wie manches Buch haben wir schon gelesen, und doch ist die Erwartung bei jedem guten Buch immer wieder schön. Es gleicht einer Knospe, die sich da vor unserm Auge öffnen soll, und etwas wie Ehrfurcht vor dem ewig neu wachsenden Leben, das sich da in jedem Kleinsten regt, kommt über uns.

Und wir lesen und lernen und werden gepackt. Und wir schenken auch ab. Aber wir sind in jedem Fall beim Lesen des guten Buches ergriffen. Denn in ihm offenbart sich uns immer das Leben, das Streben, das Wollen, das Wachsen. Und sind es Paragrafen: von lebendigen Menschen für Menschen gemacht.

Das gute Buch ist Form gewordene geistige Kraft. Knospe am wachsenden Baum des geistigen Lebens. Frühling, der ohne Ende ist, solange noch Menschen im Buche wollen, weissen, glauben, kämpfen und schaffen.

Und da sollten wir, die wir das Leben wollen mit seinem Recht, in dieser Zeit des Blühens draußen ohne das Buch sein?

Bücher sind nicht nur für den Winter bestimmt.

Der Wolf und der Schäfer

Ein Schäfer hatte durch eine grausame Geuch seine ganze Herde verloren. Das erfuhr der Wolf und kam, seine Kondolenz abzuklagen.

„Schäfer“, sprach er, „ist es wahr, daß dich ein so grausames Unglück betroffen? Du bist um deine ganze Herde gekommen? Die liebe, fromme, fetze Herde! Du dauerst mich, und ich möchte blutige Tränen weinen.“

„Gabe Dank, Meister Negrim“, verjette der Schäfer, „Ich sehe, du hast ein sehr mitleidiges Herz.“

„Das hat er auch wirklich“, fügte des Schäfers Hylax hinzu, „so oft er unter dem Unglück seines Nächsten selbst leidet.“

Der Hamster und die Ameise

„Hamster“, sagte ein Hamster, „verlohnt es sich der Mühe, daß ihr den ganzen Sommer arbeitet, um ein so wenig einzuzammeln? Wenn ihr meinen Vorrat sehen wolltet!“

„Höre“, antwortete eine Ameise, „wenn er größer ist, als du ihn brauchst, so ist es schon recht, daß die Menschen dir nachgraben, deine Schauern ausseren und dich deinen räuberischen Geiz mit dem Leben büßen lassen!“

Gotthold Ephraim Lessing.

Wenn es sich also im gegebenen Falle darum handelte, daß die bis dato bestehenden und herrschenden Klassen durch eine Reihe öffentlicher Akte der arbeitenden Klasse untertänig gemacht werden sollten, dann hätten sie ein Recht, sich zu beschweren, es geschähe ihnen Unrecht. Aber eine solche Aufassung und Absicht teilt kein Mensch in der Sozialdemokratie. Es handelt sich im Gegenteil bei allen den künftig durchzuführenen Maßregeln nicht um Unterdrückung der einen durch die anderen, sondern um die Herstellung einer allgemeinen Gleichberechtigung aller Staats- und Gesellschaftsangehörigen in sozialer, politischer und sonstiger Beziehung. Ich muß hierbei hervorheben, daß diese Frage nach etwaigen Rechtsverletzungen, aufgeworfen von einem Vertreter der äußersten Rechten (Abgeordneter v. Klein-Rogow), einem Vertreter des Mittelalters und des Feudalstaats, mir insofern eigentümlich erscheint, als jedenfalls, wenn wir unsere bereits einmal die Rechtsmittel unterzogen wollten, auf denen ein großer Teil des Adels und der Fürstentümer zu seinem heutigen Besitztum gekommen ist, deren „Rechtstitel“ sich schwerlich mit den Anforderungen und Bestimmungen der modernen Gesetzbücher decken dürften. Es scheint mir vielmehr, daß, wenn man den modernen Strafbüch auf jene Zeit zurück anwenden könnte, die hohen Eigentümer in einen sehr bedeutlichen Konflikt mit demselben kommen würden und, nach gewissen Paragrafen des Strafgesetzbuches zu urteilen, schwere Zuchthausstrafen und Schlimmeres ihnen nicht erspart blieben würde.

August Bebel (aus einer Rede bei Beratung des Arbeiterzuschlaggesetzes am 18. April 1877 im Reichstag.)

Dem „Wahren Jacob“ Nr. 14 entnehmen wir folgenden Scherz:

Die besorgte Mutter

Ein Lehrer teilt uns mit: Zu mir in die Grundschule kam eine besorgte Mutter aus „besseren“ Ständen. „Ach, Herr Lehrer, ich hätte eine große Bitte an Sie, unser Ernst-Angustien sitzt neben einem Jungen, der keinen Religionsunterricht hat, ich befürchte, daß unser Kleiner beeinflusst wird, und wir geben doch so viel auf Religion!“ Ich ludte die Bedenken der Frau zu zerstreuen. „Der kleine Nachbar ist ein wohlgezogenes Kind, und Jesus Christus ist ja auch bei Heiden ein- und ausgegangen!“ Da richtete sich die Mama in ihrer ganzen Größe auf und biß ihm ins Gesicht. „Ja, Herr Lehrer, das ist ihm aber auch von kirchlichen Kreisen arg verachtet worden!“

Der „Wahre Jacob“ ist zum Preise von 30 Pf. durch jede Volksbuchhandlung und die Post zu beziehen.

Aus den Zahlstellen

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 18. Juni war, wie bereits die vorhergehende, auch sehr mäßig besucht, obwohl der zweite Tagesordnungspunkt (Stellungnahme zur Kündigung des Steins, Licht- und Klebdruckereiabkommens) eigentlich die gesamte Kollegenchaft der genannten Sparten hätte auf den Plan rufen müssen. Nicht minder wichtig war der Vortrag des Herrn Dr. Gebhardt über die Bedeutung der Hygieneausstellung für die Arbeiterchaft, der anfänglich der großen Hygieneausstellung in Dresden von der Ortsverwaltung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Mit viel Geschick löste der Referent diese Aufgabe und fand durch seine klare und sachliche Darstellungsweise einen aufmerksamen Zuhörerkreis. Über die Bedeutung der Hygiene führte er einleitend aus, daß Gesundheitspflege ein Wert des Arbeiters selbst sein müßte. Ein jeder müsse sich Wissen und Kenntnisse aneignen, die zur Erhaltung der Gesundheit nötig sind, denn für jeden Arbeiter gelte der Grundsatz, daß die Gesundheit sein einziges Kapital sei. Die Hygiene böte nicht nur Schutz zur Erhaltung der Gesundheit, sondern zeige auch Wege, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Früher war man darauf angewiesen, das notwendige Wissen darüber entweder aus der Presse oder aus Büchern zu schöpfen, die aber selten die Aufmerksamkeit brachten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Einen Fortschritt zeigte erst die erste Hygieneausstellung im Jahre 1911 in Dresden, von Lingner, der bekannte Pionier der Gesundheitspflege, erstmalig in einer Ausstellung den Menschen als die kostbarste Maschine populär zeigte. Damals wurde ihm von der medizinischen Wissenschaft heftigster Widerstand entgegengebracht, die es nicht verstehen konnte, daß man die Allgemeinheit in dieser Form aufklärte. Heute ist dieser Widerstand überwunden, denn die ärztliche Wissenschaft unterstützt die Aufklärungsarbeit, weil dadurch der Patient mehr Verständnis für die Maßnahmen des Arztes bekommt. Die diesjährige Ausstellung sei auf das Vollkommenste ausgefallen und in ihren Ausmaßen ein Vielfaches größer als die vorhergehende. Der Vortragende schilderte nun in kurzen Strichen die Fülle des vorhandenen Ausstellungsmaterials, das in zahlreichen Hallen untergebracht ist, wobei er bei den wichtigsten Gruppen seine Erklärungen mit belehrenden Kommentaren ergänzte. Namentlich über die Hygiene der Frau sprach der Redner sehr eingehend. Vor allem über die Berufstätigkeit, weil diese in Folge ihrer anders gearteten Körperkonstitution viel leichter den gesundheitsschädigenden Gefahren ausgesetzt ist. Als Arzt müsse er den Standpunkt vertreten, daß die Frau ins Haus gehört. In seinen weiteren Erklärungen des Ausstellungsmaterials hob er noch besondere Gruppen hervor, so die Gruppe der Leibesübungen, wo die Arbeiterportier und -samariter wertvolles Material ausgestellt haben. Auch Aberrgläubige und Gesundheitsfurcher sind anlässlich dargestellt. Von den ausländischen Staaten zeigt Österreich die Wirksamkeit seiner Sozialerichtungen. Auch Ausland hat ausgestellt. Bei Beurteilung dieser Ausstellungsobjekte sei Vorsicht geboten, denn man solle sich durch die reklamefähige Aufmachung nicht täuschen lassen. In einer besonderen Halle zeige Deutschland den Gesundheitsfuß des Arbeiters. Die wichtigste davon ist die Abteilung „Arbeits- und Gewerbehygiene“. Vehementer Beifall dankte dem Redner für die lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion sprach der Kollege Scharf unter großem Widerspruch der Anwesenden. Seine Ausführungen zeigten davon, daß er den Vortragenden nicht verstanden hätte. Kollege Spranger ging nochmals auf das Problem der berufstätigen Frau ein, wobei er besonders betonte, daß nicht gewerkschaftliche und wirtschaftliche Anschauungen für die Berufstätigkeit der Frau ausschlaggebend seien, sondern überhaupt die Frage, ob die Frau ins Haus wirke oder nicht. Im übrigen hätte er gern eine ausführliche Behandlung der Frage Geburtenregelung gewünscht. Im Schlußwort erwiderte Dr. Gebhardt den Diszussionsrednern, daß sie in Betracht ziehen sollten, er habe seinen Vortrag vom Standpunkt des Sozialarztes und nicht eines Politikers oder Parteigenossen gehalten. Kollege Herrmann dankte im Auftrag der Anwesenden dem Referenten für die sehr vorzüglichen Ausführungen und gab den Anwesenden bekannt, daß am Sonntag, dem 29. Juni, eine Besichtigung der Hygieneausstellung, und zwar der Abteilung „Arbeits- und Gewerbehygiene“ unter Führung eines Sozialarztes beabsichtigt ist, wozu eine starke Beteiligung der Mitglieder erwartet wird. Zum zweiten Tagesordnungspunkt übergehend, geistelte Kollege Herrmann den äußerst schwachen Besuch der Versammlung. Die Interesselosigkeit der Mitglieder habe in letzter Zeit Formen angenommen, die auf die Dauer die Spannkraft der Gewerkschaftsführer lähmten. Er machte darum den Vorschlag, den Antrag der Verwaltung und Vertrauenspersonen anzunehmen, von einer Kündigung Abstand zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde bei der Abstimmung gegen eine Stimme angenommen. Unter Verschiedenem protestierte Kollege Seidenglanz gegen den im letzten Mittelungsblatt erschienenen Aufruf zur Wahl von SPD-Kandidaten. Kollege Herrmann erwiderte hierauf, Er habe, einem Beschluß der Ortsverwaltung nachkommend, diesen Aufruf an die Mitglieder gerichtet. Man könne doch von den Gewerkschaften nicht verlangen, daß sie moralischen Selbstmord begingen, indem sie für eine Partei Propaganda machten, die tagtäglich ganze Schmuckfilber der elendesten Verleumdung über die Gewerkschaften ausschüttete, außerdem durch Sympathisieren mit den Unorganisierten die Stoffkraft der Gewerkschaften zu unterbinden suchte und jede positive Arbeit zur Erreichung des Möglichen ablehne und ihren Dabeisitzen nur in der Störung der gewerkschaftlichen Arbeit sehe. Darum sei die SPD, die einzige Arbeiterpartei, die Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften in praktischer aufbauender Arbeit für die Interessen der Arbeiterchaft einträte. Darum müsse er von dieser Stelle nochmals die Anwesenden auffordern, für die Sozialdemokratische Partei, Liste 1, unablässig zu agitieren und zu stimmen. Draußen der Beifall lohnte diese sehr notwendige Charakterisierung der SPD. Diese wurde auch noch durch Ausführungen des Kollegen Mauchs und Angade ergänzt.

fest eine Quartierbeihilfe in Höhe von 20 M. bewilligt. Im Rahmen der Verammlung stand der lehrreiche Vortrag des Genossen Lübede über „Gewerkschaften und Konjunktionsgewerkschaften“. Der Redner ging von der Kaufkraft der Löhne und dem schweren wirtschaftlichen Stand der arbeitenden Bevölkerung aus. Vortragender betonte, daß in Arbeiterkreisen viel zu wenig gerechnet wird. Das Geld wird in Einkaufsgewerkschaften gebracht. Auf Qualität und Quantität wird hierbei kein Wert gelegt und der Verbraucher ist stark überfordert. Der Vorteil der Konjunktionsgewerkschaft liegt in jeder Beziehung klar auf der Hand. Durch zur Zeit 450 eigene Fabriken ist der Konsum in der Lage, vom Hersteller zum Verbraucher direkt zu liefern. 3½ Millionen deutsche Familien haben eingesehen, daß sich genossenschaftlich organisieren sich gemeinwirtschaftlich betätigen heißt. Trotzdem werden in der Großindustrie noch ungeheure Gewinne ausgezehlet und es wird auf Kosten der Arbeiterchaft ein Geschlemmerleben geführt. Den Konjunktionsgewerkschaften ist es auch zu verdanken, das beispielsweise die Wärfenindustrie im Ertrage eine ganz andere Struktur erfahren hat. Wo früher tuberkulöse, unterernährte Heimarbeiter 16 Stunden mit Familie arbeiten mußten, um ihr Leben fristen zu können, hat jetzt durch die größte Wärfenfabrik Europas, welche die Konjunktionsgewerkschaft gegründet hat, ein ganz anderes Dasein für diese Arbeiter begonnen. Nur allein im Konsum kauft man alles in absolut hygienisch einwandfreier Qualität. Am Schluß seiner interessanten Ausführungen sprach der Redner den Wunsch aus, daß jeder Arbeiter bald nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch genossenschaftlich organisiert sein wird. Im Auftrag der Verammlung sprach Kollege Wambacher dem Genossen Lübede herzlichsten Dank über das Gehörte aus. Kollege Wambacher sprach noch über das Vorgesicht. Das trägt mit dazu bei, daß noch so viel bei Privaten gekauft wird. Der Krämer als Angehöriger des Mittelstandes sei oft bei politischen Wahlen der größte Feind der Arbeiterchaft. Obwohl die Konjunktionsgewerkschaft eine Selbsthilfe der Arbeiterchaft sei, ist in Erfurt erst ein kleiner Prozentjah Mitglied der selben, und doch kann die ganze Wirtschaftsförderung durch Eintritt in die genossenschaftliche Bewegung geändert werden. Bei Punkt Verschiedenes gab Kollege Wambacher einen Fall bekannt, wo ein ausstehende Kollegin, welche zehn Jahre einem Betrieb angehörte, entlassen worden ist. Es wäre nicht so weit gekommen, wenn diese Kollegin bei dem Betriebsrat Einspruch eingelegt und das Verbandsbüro aufgefordert hätte, um sich Rat zu holen. Zum wiederholten Male machte Kollege Wambacher ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Kollegen sich selbst schädigen kann, wenn sie im Falle von Kündigungen sich nicht sofort im Büro melden. Des weiteren wurde noch eine interessante Diskussion über das Krankenversicherungswesen angeweand. Da Genosse Lübede auch Vorkämpfer der Ortskrankenkasse zu Erfurt ist, empfahl er planmäßige Gesundheitspflege und machte auf Krankentafelleistungen und vertrauensärztliche Untersuchungen aufmerksam. Kollege Wambacher fügte noch einige ergänzende Worte dazu und schloß hierauf die Versammlung.

Rundschau

Verbandstag der Textilarbeiter. Der Deutsche Textilarbeiterverband hielt in der Woche vom 16. bis zum 21. Juni seinen 17. ordentlichen Verbandstag in Stuttgart ab. Dem Verbandstag voraus ging ein Reichsjugendtreffen, zu dem sich 2000 Jugendkämpfer aus allen Teilen des Reiches eingefunden hatten. Ein Anlaufzug von etwa 3000 Teilnehmern, der sich von Bergeshöhe nach der Stadt bewegte, zählte zu den imposantesten Kundgebungen, die je stattgefunden haben. Der Jugendlichen wird dieses Reichsjugendtreffen unvergessen sein. Neben einer großen Anzahl von Gästen und internationalen Vertretern war auch der derzeitige englische Kriegsminister Tom Shaw als Sekretär der Textilarbeiterinternationalen anwesend, der vom Verbandstag bei seiner Begrüßungsrede lebhaft begrüßt wurde. Er wies darauf hin, daß die Textildindustrie aller Länder sich in einer Periode der Krise und der Umstellung befindet. Der Bericht des Vorstandes wurde vom Verbandsvorsitzenden Karl Schrader gegeben. Im verfloßenen Jahr hatten nur zwei Drittel der Mitglieder die Möglichkeit, voll beschäftigt zu sein. Trotzdem ist eine außerordentlich günstige Entwicklung sowohl der Mitgliederziffer als auch der finanziellen Grundlage zu verzeichnen gewesen. Die günstige Entwicklung der Finanzen wurde besonders vom Verbandsratsleiter Schöller hervorgehoben, und dies, obwohl der Verband in verfloßenen Jahr 39 Millionen Mark für Streifenunterstützung und 24 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützung aufgewandt hat. Die Hauptkasse hat im Vorjahr eine Einnahme von 12,8 Millionen Mark gehabt. Die Beitragsleistung ist um ein Bedeutendes gestiegen. Dieses ist besonders beachtenswert, weil 58 Prozent der Mitglieder Frauen sind. Welche Kämpfe in der Textildindustrie zu verzeichnen waren, geht aus dem Bericht hervor, den Feinshals, Berlin, erstattete. In den verfloßenen drei Jahren hatte der Textilarbeiterverband 228 Streiks und Ausperrungen mit 268 343 Beteiligenden und 6 133 462 verlorenen Arbeitstagen durchzuführen. Über die Tätigkeit des völkswirtschaftlichen Sekretariats berichtete Rödel, Berlin. Das Thema Sozialpolitik, Arbeiterinnen- und Jugendbewegung behandelte die Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats Kiewera. Aus ihrer Rede konnte man entnehmen, welche Kämpfe der Verband um die Ausnahmebestimmungen für die Frau für Wohnereinnahme usw. geführt hat. Auf die gute Ausgestaltung der Verbandszeitung konnte der Redakteur, Kollege Deffel, hinweisen. Der „Textilarbeiter“ gehört zweifellos zu den besten Gewerkschaftsblättern. Das Bevölkerungsproblem in Ravalistik wurde vom Genossen Dr. Ernst Kölding in selbständiger Weise behandelt. Der Verbandstag beschloß die Einführung einer „Zusatzunterstützung“. Diese paßt sich dem an, was andere Verbände gleicher Art bereits eingeführt haben. Zur Finanzierung dieser Unterstützung wurde ein Extrabudget von 10 Pf. beschloßen. Der Nationalkongress der Textildindustrie, über die das Vorstandsmittglied Rödel berichtete, wurde ein breiter Raum gewidmet. Eine entsprechende Entschloßung wurde angenommen. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorstand gegen zwei Stimmen wiedergewählt und der Kollege Schöller, Augsburg, als Hauptkassierer neu hinzugewählt. Der Verbandstag der Textilarbeiter hat ein seltenes Bild der Einmütigkeit und der Geslossenheit. Seine Verbertraut wird er unvermindert beibehalten.

Erneute Geldverbilligung. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 20. Juni ihren Diskontsatz auf 4 Prozent herabgesetzt. Das ist die sechste Diskontsenkung in diesem Jahr. Die Wirtschaftslage erhält durch diese rasche Änderung des offiziellen Zinssatzes eine treffende Beleuchtung. Nur in Zeiten außergewöhnlicher Konjunktur und rückgängiger Preisfreie ist eine solche rasch wechselnde Festlegung des Reichsbankdiskonts möglich. Zur Zeit wird das deutsche Noteninstitut derartig wenig in Anspruch genommen, daß der Bestand an Handelswechseln nur rund 1,5 Milliarden beträgt. Die Reichsbank wäre zur Zeit in der Lage etwa 3½ Milliarden Mark ausleihen zu können, ohne irgendetwas mit ihren Deckungsvorschriften in Konflikt zu geraten. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen beträgt 71,1 Prozent. Wir besichtigen, daß auch die abermalige Verbilligung der Geldsätze auf die Wirtschaft ohne Einfluß bleiben wird.

Zinsverbilligung der Baugelder. Bei der heutigen Geldfülle und dem niedrigen Diskontsatz macht man jetzt den Versuch, die Leihgelder für langfristige Hypotheken, Obligationen usw. ebenfalls zu senken. Auf dem Pfandbriefmarkt herrscht der 8 bis 10prozentige Pfandbriefzins vor. Jetzt ist man bereits seitens einiger Institute zur Herausgabe des 7prozentigen Zinses übergegangen. Auch die Hannoverische Bodenkreditbank, die bekanntlich der Arbeiterbank nahesteht, hat sich, wie wir hören, entschlossen, zum 7prozentigen Pfandbriefzins überzugehen. Der Einführungszins an der Berliner Börse soll voraussichtlich mit 9½ Prozent erfolgen. Wie bekannt, unterstützt die Hannoverische Bodenkreditbank in der Hauptsache den Kleinwohnungsbaue. So billiger die Gelder zur Verfügung gestellt werden können, desto mehr Wohnungen können errichtet werden. Der Pfandbriefe zu kaufen beabsichtigt, möge sich an die Hannoverische Bodenkreditbank Hildesheim und Berlin, Wallstraße 60, wenden.

Literatur

„Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts am Betriebsrat“ von Ende April 1930. Die Broschüre enthält die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts vom 1. bis zum 31. März 1930. Sie dient den Betriebsvertragsmitgliedern, Arbeitsschlichtern, Prozessverrellern usw. als wirksame Unterstüzung bei ihrer Tätigkeit, da eine schnelle Orientierung auf dem Gebiet der höchstinstanzlichen Rechtssprechung möglich ist. Zu beziehen ist die Broschüre von der Verlagsanstalt „Gouzier“, Berlin SW 10, Wilhelmstr. 104, Preis pro Exemplar für Gewerkschaftsmitglieder 1 M., für den Buchhandel 2 M.

Der vollständige Ratgeber für Gehörlose und -stühle, die es werden wollen. Vorhanden, nicht abreiben, von Ullrich & Co., erschienen in der Verlagsbuchhandlung H. Pausch & Co., Magdeburg, bereits wieder in neuer Auflage. Das weiterverbreitete Büchlein liegt nunmehr im 130. bis 145. Tausend vor. Diese hohe Auflageziffer bezeugt von vornherein das breuende Interesse, das den vorliegenden Thema entgegengebracht wird und beweist gleichzeitig, daß die Broschüre ihren Zweck im Sinne des Titels erfüllt.

„Arbeitskampf der Freiheit“ von Pietro Nenni, 188 S., 2,75 M., Verlag J. B. Metz Nachf. O. m. b. H., Berlin SW 68.

„Die Arbeit der Arbeiter“ für Gewerkschaftswahl- und Betriebsratsmitglieder. Herausgeber: Theodor Weymar. Schriftleitung: Theodor Erdmann. Seit 6. 1930. Verlagsvertriebsstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes O. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 M., für Extranationsmitglieder 2,85 M.

Das Bauwesen in Deutschland. Grundrißliches und kritisches zum Gesamtzustand. Herausgegeben vom Reichsverband Deutscher Bauportallen. C. S., Hannover, 1930.

Frühling und die Frau der bekannte Aktionist und glänzende Schriftsteller, schreibt in der neuen Nummer der „Frauenwelt“ über Sozialerichtungen im Frauenraum. Mit übermann verständlichen Worten wird über die Bewegbarkeit des Mars, der Venus und anderer Sterne gesprochen. Der seltene Inhalt des Heftes ist möglich für jede Frau. Man kann den Bestimmungen nur empfinden, daß die Werte gut ausfallen, das alles ist für gelegentlich gebräugten, so daß der geringe Preis von 30 Pf. handbar durch alle möglichen Ersparnisse wieder herauskommt.



1 Woche Fahrgeld 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin, Lützowstr. 10

Unternehmen der Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen
Auskunft und Bestellungen durch alle
Ortsausschüsse des ADGB.

Dem Kollegen Heinrich Schäfer zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Dem Kollegen Theil und Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Essen.

März die Woche vom 6. Juli bis 12. Juli ist die Beitragskarte in das 28. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schulze, Charlottenburg, Weichselstr. 10. Fernruf: Amt Westend 1823. — Verlag: O. Soboll, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei „Gutend.“, Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.